

DIE LINKE.

in Niddatal

Noch nicht mal Kleingeld für den Schutz vor häuslicher Gewalt

DIE LINKE. im Niddataler Stadtparlament beantragte eine Erhöhung des Zuschusses für den Frauennotruf Wetterau.

Bisher gab die Stadt für die wichtige Arbeit dieses Vereins 100 Euro jährlich. DIE LINKE. wollte, dass in den Haushalt 100 Euro pro Monat eingestellt werden.

Der Magistrat hatte den Zuschuss auf 200 Euro im Jahr aufgestockt. Zu mehr konnte er sich nicht durchringen. Man verwies auf die viel zu kleinen Zuschüsse aus einigen anderen Kommunen und klopfte sich auf die Schultern: Mit 200 Euro könne man ganz gut leben...

Lesen Sie Seite 4

Ignoranz statt Zukunft

Probleme gehen nicht weg, wenn man den Kopf in den Sand steckt!

Niddatal hat sich **nicht** an einer Umfrage des Wetteraukreises **beteiligt**, die den Stand der vorhandenen Sozialwohnungen abfragte. Vielleicht fand es Bürgermeister Hahn ja doch peinlich, dass in Niddatal für sozialen Wohnraum nichts getan und nichts geplant wird. Oder hofft der Bürgermeister, die Wohnungsnot im unteren Preissegment verschwindet, weil er sie ignoriert?

Dieses Desinteresse zieht sich durch die Niddataler Politik.

Der linke Stadtverordnete Reinhard Frische verweist auf den steigenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Das belegt auch der Sozialindex des Wetteraukreises, der vor Kurzem vorgelegt wurde. Darin stellt man schon im Jahr 2018 für Niddatal fest, dass 9,8



stock Illustration: Chris Goglio

Ignoranz statt Zukunft

Sozialwohnungssuchende auf 1000 Einwohner kommen. Damit liegt Niddatal über dem Durchschnitt des Wetteraukreises, der mit 6,2 Suchenden deutlich darunter liegt. Zudem hat sich die Wohnsituation im Rhein-Main-Gebiet seit 2018 weiter dramatisch verschlechtert. Die Mieten sind drastisch angestiegen, mit der Folge, dass sich mittlere und untere Einkommensgruppen in der Metropole kaum noch Wohnungen mieten oder kaufen können. Somit drängt dieses Klientel ins Umland und auch bei uns steigen dann die Miet- und Eigentumspreise drastisch an. Diese Situation wird sich in den nächsten Jahre weiter verschärfen.

Die Kommunen sind hier in der Pflicht für bezahlbaren Wohnraum und Sozialwohnungen zu sorgen. Um so unverständlicher ist

es, dass in Niddatal CDU, Grüne und FDP nach der Kommunalwahl 2021 das geplante Baugebiet Gollacker gestoppt haben. Dort wollte das Land eine Energie-Plus-Siedlung zu 75% fördern, in der auch 25 Prozent bezahlbarer Wohnraum entstehen sollte.

Abgewürgt: Kein sozialer Wohnraum, kein Klimaschutz

Den linken Stadtverordneten erschließt sich nicht, warum ein durchgeplantes und gefördertes Baugebiet zugunsten anderer Baugebiete mit Einfamilienhäusern aufgegeben wurde. Die ökologischen Planungen zum Gollacker fanden in Fachkreisen hohe Anerkennung. In Zeiten des Klimawandels muss der Flächenverbrauch dringend reduziert werden. Einfamilienhaussiedlungen sind nicht mehr zeitgemäß.

Für die Zukunft: Keine Alternative, keine Ideen

Reinhard Frische ist enttäuscht: „Wenn man schon den Gollacker nicht will, hätte man doch alternative Vorschläge machen kön-

nen. Doch das Thema Sozialer Wohnraum wurde gänzlich abgewürgt. Der Beitritt zur kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft wurde von CDU, Grünen, FDP und einem parteilosen Abgeordneten der Linkenfraktion abgelehnt. Natürlich hat Niddatal nicht die finanziellen Mittel, um eigenständig Sozialwohnungen zu schaffen. Aber wenn es Förderungen und Unterstützung gibt - warum ignoriert man das?“

Links wirkt

Im Kreistag hat die DIE LINKE erreicht, dass endlich ein Sozialindex erstellt wurde. Mit Unterstützung der Uni Frankfurt sind dort Daten zusammengetragen worden, die einen Überblick zur sozialen Situation im Kreis und in den Kommunen geben.

Der Sozialindex verdeutlicht Entwicklungen und Probleme in der Sozialpolitik. Er kann als Grundlage für sozialpolitische Maßnahmen dienen.

Er ist auf der Homepage des Wetteraukreises zu finden.

Nachgefragt

Anfrage der Linken zum Thema Wasser, Wasserressourcenmanagement

Vorab: Den ganzen Text der Anfrage finden Sie auf der Homepage die-linke-wetter-au.de unter „Ortsverbände/Niddatal“.

DIE LINKE. Niddatal wollte mehr zum Wassermanagement erfahren. Hier eine Zusammenfassung der Antworten des Magistrats:

- Assenheim, Ilbenstadt und Bönstadt werden mit Fernwasser von der OVAG versorgt; Kaichen vom Wasserverband Kaichen, Heldenbergen und Burg-Gräfenrode.
- Es gibt eigene Brunnen in Ilbenstadt und Bönstadt. Doch diese werden nicht zur Versorgung genutzt.

Vorschlag der Linken: Im Zuge der Sanierung der Ortsdurchfahrt in Bönstadt muss wahrscheinlich auch der Abwasserkanal grundsaniert werden. In diesem Zusammenhang wäre zu prüfen, ob das vorhandene Brunnenwasser mittels eines zusätzlich zu verlegenden Wasserrohres in eine Zisterne am Sport- und Freizeitgelände geführt werden könnte. Es wäre dann zur Bewässerung der Anlagen nutzbar. Darüber hinaus könnte auch die Feuerwehr mit diesem Wasser Übungen durchführen ohne dafür Trinkwasser zu verbrauchen.

● Neue Brunnen sind derzeit nicht geplant. Eine Reaktivierung der stillgelegten Brunnen ist auch nicht geplant. Nur in Ilbenstadt am neuen Kita-Gelände an der Burg-Gräfenröder Straße soll der stillgelegte Brunnen für die Brauchwasserentnahme wieder aktiviert werden. Ob mit dem Brunnenwasser zukünftig z.B. die Toiletten der Kita gespült werden, ist unklar.

● In den anderen kommunalen Liegenschaften (Bürgerhäuser, Rathaus, Kindergärten) wird kein Brauchwasser oder Regenwasser genutzt.

● Grundwasserschutz wird nur in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft gedacht. Darüber hinaus gibt es keine Maßnahmen.

Grundwasser schützen!

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts wird Grundwasser aus u.a. Taunus und Vogelsberg abgepumpt und in die Metropolregion Frankfurt verkauft.

Die Liefermengen hatten sich immer weiter gesteigert, was bereits in den Trockenperiode der 70er Jahre und 1991/92 zu erheblichen Grundwasser-senkungen und Schäden in der Natur und in vielen Gemeinden der Lieferregionen führte. Zwar wurden daraufhin die Fördermengen beschränkt, dennoch bezieht die Metropolregion weiterhin große Mengen Fernwasser (44 Mio. m³ jährlich) aus dem Umland. Leider werden trotz der Trockenheit die eigenen Wasserreserven und Möglichkeiten zum Wassersparen kaum genutzt. In den sehr trockenen Sommern seit 2018 kam es wieder zu enormen Grundwasserabsenkungen in den Liefergebieten und man kann inzwischen von Raubbau sprechen.

Was macht der Frauennotruf?

Der Frauennotruf Wetterau e.V. ist für den gesamten Wetteraukreis zuständig. Allein im Jahr 2020 suchten 191 Frauen und 3 Männer Unterstützung. Die Zahl der Hilfesuchenden steigt an.

Seit mehr als drei Jahrzehnten unterstützt und hilft der Frauennotruf überwiegend Frauen und Mädchen bei sexualisierter, psychischer und physischer Gewalt. Der Frauennotruf ist darüber hinaus auch Ansprechpartner für Behörden.

Während der Corona-Pandemie wurde die Arbeit des Vereins als systemrelevant eingestuft.

Um diese Aufgabe weiter in vollem Umfang zu erfüllen, ist der Verein auf ausreichende und sichere Finanzierung angewiesen. Deshalb beantragte DIE LINKE. die finanzielle Unterstützung durch die Stadt Niddatal von 100 Euro pro Jahr auf 100 Euro im Monat aufzustocken.

Fortsetzung von Seite 1

Noch nicht mal Kleingeld für den Schutz vor häuslicher Gewalt

Der linke Fraktionsvorsitzende Reinhard Frische sagte in seiner Antragsbegründung, dass eine Aufstockung des Zuschusses auf 200 Euro jährlich zu gering sei. Es geht darum, den Frauennotruf auch zukünftig wirksam zu sichern. Wer den Geschäftsbericht zur Kenntnis genommen hat weiß, wie dringend der Verein das Geld braucht. Unterstützt wurde der linke Antrag auf einen Zuschuss von 100 Euro pro Monat von der SPD-Fraktion, die vorschlug, das Notrufteam in eine Ausschusssitzung einzuladen. Dann könnten Vorbehalte und Fragen geklärt werden.

Die Grünen lehnten eine Aufstockung der Mittel ab. Die Fraktion schätze und anerkenne die vielfältige Arbeit des Vereins Frauennotruf. Die Grünen wollten jedoch lieber Niddataler Vereine unterstützen, die

Kinderarbeit leisten. Man fragt sich: Wieso spielen die Grünen zweifellos wichtige Tätigkeiten gegeneinander aus? Es handelt sich bei 100 Euro im Monat doch wahrlich um keine Unsummen.

Die CDU sah keine Notwendigkeit, den Frauennotruf mit mehr als 200 Euro jährlich zu unterstützen. Auch Bürgermeister Hahn sah das so.

Auf jeden Fall wurde klar: für die Mehrheit im Stadtparlament hat der Schutz vor häuslicher Gewalt keine Relevanz. Man will zwar im Vergleich zu anderen Kommunen nicht ganz schlecht dastehen, aber eigentlich sieht man keine Notwendigkeit für diese Arbeit. Wäre es anders, würde man sich nicht so peinlich verhalten.



Herausgeber:
DIE LINKE. Wetterau
ViSdP.: Rudi Kreich
Assenheim. e-mail:
info@die-linke-wetterau.de
Infos zur Kommunalpolitik
finden Sie auf
www.die-linke-wetterau.de